Verhandlungsschrift

über die Sitzung des Gemeinderates Pfarrkirchen bei Bad Hall am Donnerstag, den 6. Juli 2007, um 19.00 Uhr, im Sitzungszimmer der Gemeinde.

Beginn der Sitzung: 19.00 Uhr

Ende der Sitzung: 20.10 Uhr

anwesend: 1) Bgm. Herbert Plaimer als Vorsitzender;
2) die GVM. Vbgm. Alfred Jungwirth, Gabriele Diwald, Peter Prihoda, Franz Mayrhofer, Ing. Johann Gruber; Günter Werner;
3) die GRM. Johann Pramhas, Michael Hausmann, Elfriede Lindner, Sieglinde Prihoda, Dipl.-Ing. Dr. Walter Hinterberger, Jürgen Irkuf, Franz Irkuf, Eva Maria Hütmeier, Georg Gutbrunner, Katharina Brandstätter, Walter Striegl, Helmuth Kahr;
4) die EM. Sabine Knoll, Wolfgang Knogler, Maria Stöger, Johann Zeilinger, Gerhard Stanzinger, Herta Jungwirth.

abwesend: GVM. Gabriele Diwald, GRM. Ing. Peter Weis, Alfred Orlando, Karl Huber, Erich Lattner jun., Gerhard Neudecker.

Tagesordnung:

- 1) Hortangelegenheiten:
 - a) Hortordnung;
 - b) Tarifordnung;
 - c) Gastbeiträge für Kinderhorte;
- 2) Schutzwasserverband Kremstal – Änderung des Finanzierungsschlüssels;
- 3) Herstellung des Kanalanschlusses Gürtler; Vergabe der Arbeiten;
- 4) Ankauf eines Klein-Kommunaltraktors; Auftragsvergabe;
- 5) Abänderung des rechtskräftigen Dienstpostenplanes;
- 6) Erlassung einer Brandschutzverordnung für die VS Pfarrkirchen;
- 7) Errichtung Therapiezentrum „Sonnenpark“ – Antrag gem. § 46 Abs. 2 GemO 1990;
- 8) Aufschließung des Friedhoffeldes; Erstellung eines Gestaltungsplanes – Festlegung der Straßenbreite – Antrag gem. § 46 Abs. 2 GemO 1990;
- 9) Allfälliges.

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihm einberufen wurde,
- b) die Verständigen hiezu gemäß vorliegendem Zustellnachweis an alle Gemeindevorstandsmitglieder rechtzeitig und schriftlich unter Bekanntgabe der Tagesordnungspunkte erfolgt sind und
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Der Bürgermeister bestimmt AL. Franz Kaip zum Schriftführer dieser Sitzung.

Bgm. Plaimer gibt bekannt, dass der Tagesordnungspunkt 3 „Herstellung des Kanalanschlusses Gürtler; Vergabe der Arbeiten“ in der heutigen Sitzung nicht behandelt wird und von der Tagesordnung genommen wird. Da gibt es einige Dinge noch zu klären. Das wird in einer der nächsten Sitzungen stattfinden. Die Fraktionsobmänner wurden im Vorhinein davon in Kenntnis gesetzt.

TOP 1) Hortangelegenheiten;

Der Bürgermeister berichtet:

Am 8. März 2007 wurde vom Oö. Landtag wurde das Oö. Kinderbetreuungsgesetz beschlossen. Gem. § 27 Abs. 2 dieses Gesetzes wurde von der Oö. Landesregierung durch Verordnung das Nähere über die tarifmäßige Festsetzung des Elternbeitrages geregelt. (Elternbeitragsverordnung).

Diese Verordnung ist noch nicht rechtskräftig.

Nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung am 1. Sept. 2007 (§ 12) hat der Rechtsträger OÖ. Hilfswerk die Tarifordnung zu beschließen.

Die wichtigsten Bestimmungen der Elternbeitragsverordnung im Detail:

Der Elternbeitrag umfasst alle Leistungen der Kinderbetreuungseinrichtung

Der Kostenbeitrag bemisst sich nach der Höhe des Familieneinkommens pro Monat. Wer sein Familieneinkommen nicht bis zu dem vom Rechtsträger in der Tarifordnung festzulegenden Zeitpunkt nachweist, hat den Höchstbeitrag zu leisten.

Der Mindestbeitrag lt. KBG für Kindergärten u. Horte: € 36,--
der Höchstbeitrag lt. KBG: mind. € 90,--

Zuschläge u. Abschläge:

Horte: Sofern Mittagsbetreuung sind mindestens 100 % des Horttarifes festzusetzen.
Der Horttarif ist grundsätzlich für 5 Besuchstage pro Woche festzusetzen.
Wird vom Rechtsträger der Besuch an weniger als fünf Tagen ermöglicht, so kann in der Tarifordnung ein Tarif für drei Tage festgesetzt werden, der min. 70 % des 5-Tagestarifs betragen muss.

Weiters ist festzulegen, ob der der Elternbeitrag 10 oder 11 m jährlich eingehoben wird.

a) Hortordnung:

Das OÖ. Hilfswerk als Betreiber und Rechtsträger des Hortes hat der Gemeinde Pfarrkirchen ein Exemplar der Hortordnung übersandt.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge die vorliegende Hortordnung für den Kinderhort Pfarrkirchen zur Kenntnis nehmen.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Die vorliegende Hortordnung für den Kinderhort Pfarrkirchen wird zur Kenntnis genommen.

b) Tarifordnung:

Das OÖ. Hilfswerk hat für den Kinderhort Pfarrkirchen eine Tarifordnung erstellt, die ab 1. Sept. 2007 angewendet wird.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge die vorliegende Tarifordnung für den Kinderhort Pfarrkirchen zur Kenntnis nehmen.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Die vorliegende Tarifordnung für den Kinderhort Pfarrkirchen wird zur Kenntnis genommen.

c) Gastbeiträge für Kinderhorte;

Mit Schreiben vom 30. Mai 2007 hat die Hortleitung der Hauptschule St. Anna, Steyr, die Gemeinde Pfarrkirchen informiert bzw. ersucht, für den Besuch des Hortes von Schülern aus der Gemeinde Pfarrkirchen Gastbeiträge zu leisten.

Der Gastbeitrag wird von der Hortleitung auf ca. € 800,-- pro Kind und Jahr geschätzt, sodass der jährliche Abgaben für die Gemeinde Pfarrkirchen für das Schuljahr 2007/08 für 6 Kinder insgesamt € 4.800,-- betragen wird.

Die Gemeinde Pfarrkirchen wird ersucht, mitzuteilen, ob sie die Gastbeiträge in der voraussichtlichen Höhe leisten wird.

Am Mittwoch, den 27. Juni 2007 fand eine diesbezügliche Besprechung der betroffenen Bürgermeister mit dem Vertreter des Kinderhortes St. Anna statt.

In diesem Gespräch wurde vereinbart, dass der Aufwand pro Kind € 150,-- beträgt, davon ist der Elternbeitrag in der entsprechenden Höhe abzuziehen und der Restbetrag ist von der jeweiligen Gemeinde zu tragen. Im Durchschnitt wird mit einem EB von ca. € 70,-- kalkuliert. Bgm. Plaimer erklärt, dass der Elternbeitrag derzeit nur geschätzt werden kann, weil man die Einkommenssituation noch nicht kennt.

Wir haben in der Besprechung das Modell gefunden, dass der Aufwand 150 € beträgt, der Elternbeitrag ist abzuziehen und der Rest bleibt als Gastbeitrag. Ich bin mir auch nicht sicher, ob wir 6 Kinder aus Pfarrkirchen haben werden, denn es ist möglich, dass evt. ein Kind nicht den Hort besucht. Derzeit sind das alles nur geschätzte Ziffern.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass für den Kinderhort der HS St. Anna für das Schuljahr 2007/2008 ein Gastbeitrag geleistet wird.

Diese Regelung soll vorerst auf ein Schuljahr begrenzt werden.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass für den Kinderhort der HS St. Anna für das Schuljahr 2007/2008 ein Gastbeitrag geleistet wird. Diese Regelung soll vorerst auf ein Schuljahr begrenzt werden.

TOP 2) „Schutzwasserverband „Kremstal“ – Änderung des Finanzierungsschlüssels;

Der Bürgermeister berichtet:

Mit Beschluss des Gemeinderates vom 14. Dez. 2006 wurde der Beitrag der Gemeinde Pfarrkirchen bei Bad Hall zum Schutzwasserverband Kremstal und zugleich der Kostenaufteilungsschlüssel festgelegt.

Aufgrund von Nachverhandlungen der Mitgliedsgemeinden wurde der Aufteilungsschlüssel der Gemeinde Pfarrkirchen bei Bad Hall von 3,80 % auf 3,87 % angehoben.

Dieser neue Aufteilungsschlüssel soll in der nächsten GR-Sitzung vom Gemeinderat genehmigt werden.

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass beim Schutzwasserverband „Kremstal“ der Kostenaufteilungsschlüssel betreffend die Gemeinde Pfarrkirchen bei Bad Hall von 3,80 % auf 3,87 % angehoben wird.

Der Bürgermeister begründet diesen Antrag damit, dass es in den Mitgliedsgemeinden einige Unstimmigkeiten gegeben hat, die auf der einen Seite mental begründet waren (Gemeinden Rohr und St. Marien) weil im bestehenden Wasserverband einige Dinge nicht so waren, wie sich die Gemeinde Rohr das vorgestellt hat.

Der andere viel wesentlichere Punkt war die Gemeinde Nussbach, weil die Retention der Krens groÙtenteils auf Nussbacher Gemeindegebiet erfolgen soll und wird in der sog. Wartberger Au, die interessanter Weise in Nussbach liegt und Bgm. Sudasch einige Probleme mit den Grundeigentümern hat. Wir haben 3 Stunden darüber verhandelt und diskutiert und im Endeffekt wurde vereinbart, die Gemeinde Nussbach bekommt eine Ermäßigung von 1,22 %, die auf die anderen 18 Mitgliedsgemeinden aufgeteilt wird. Das bedeutet für uns den Prozentsatz von 0,07 %, das sind bei einem möglichen Investitionsvolumen von 10 Mio € und einer Eigenleistung von 10 % ein Betrag von € 700 an Mehrkosten.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass beim Schutzwasserverband „Kremstal“ der Kostenaufteilungsschlüssel betreffend die Gemeinde Pfarrkirchen bei Bad Hall von 3,80 % auf 3,87 % angehoben wird.

TOP 3) Herstellung des Kanalanschlusses Gürtler; Vergabe der Arbeiten;

Bgm. Plaimer erklärt, dass dieser Tagesordnungspunkt abgesetzt wird und in einer der nächsten Sitzungen behandelt werden soll.

TOP 4) Ankauf Kleinkommunaltraktor;

Der Bürgermeister berichtet:

Im Jahr 2000 wurde für die Gemeinde Pfarrkirchen ein Klein-Kommunaltraktor samt Zusatzgeräten angeschafft bzw. auf die Dauer von 5 Jahren geleast.

Dieses Fahrzeug, das insbesondere für die Pflege der Sportplätze, für die Räumung und Streuung der Gehsteige sowie für diverse Kehrarbeiten eingesetzt wird ist durch den harten Einsatz in den ersten Jahren sowie im vorigen Winter schon sehr reparaturbedürftig.

So wurden in den letzten 3 Jahren Reparaturkosten in Höhe von ca. € 8.000,- aufgewendet.

Da die Zusatzgeräte noch in gutem Zustand sind (Schneepflug, Streugerät, Mähgerät sowie selbst saugender Kehrbesen) erscheint es zweckmäßig, dass Trägerfahrzeug (Carraro Superpark) auszutauschen. Das Altgerät soll zurückgegeben werden.

Zu diesem Zweck wurde eine entsprechende Ausschreibung lt. dem Österr. Vergabegesetz durchgeführt. Diese Anschaffung wurde im nicht offenen Verfahren ohne vorherige Bekanntmachung ausgeschrieben.

Die Anboteröffnung am Mo., 2. Juli 2007 brachte folgendes Ergebnis:

Lt. Beilage

Die Finanzierung dieses Gerätes soll in der nächsten GR-Sitzung beschlossen werden (evt. Leasingvariante).

1. Fa. Filmoser, 4542 Nussbach
2. Fa. Hochreiter, Landtechnik, 4463 Pettenbach
3. Fa. Esch-Technik GmbH, 4063 Marchtrenk

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass ein Klein-Kommunaltraktor, Marke Carraro, Superpark 4400 HST, bei der Fa. Filzmoser, Nussbach, lt. Anbot vom 2.7.2007, angeschafft wird.

Das Altfahrzeug wird zurückgegeben.

GVM. Gutbrunner erklärt, dass er froh darüber ist, dass der Klein-Kommunaltraktor zum jetzigen Zeitpunkt durch einen neuen ersetzt wird, weil man soll dann tauschen, wenn man noch etwas für das Altgerät bekommt. Worüber ich erstaunt war, war das, dass im Straßenausschuss bei der letzten Sitzung darüber überhaupt nicht gesprochen wurde. Er fragt den Obmann des Straßenausschusses, GVM. Prihoda, ob er davon nichts gewusst habe oder nicht darüber informiert hat.

GVM. Prihoda erklärt, dass er davon nichts gewusst habe.

GVM. Ing. Gruber fragt den Straßenausschussobmann, ob er das so akzeptiert, wenn er davon nicht in Kenntnis gesetzt wurde.

GVM. Prihoda erklärt, dass er von dieser Angelegenheit erst im Gemeindevorstand erfahren hat.

Im Gemeindevorstand ist diese Angelegenheit besprochen worden, aber da war die Straßenausschuss-Sitzung schon vorbei.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass ein Klein-Kommunaltraktor, Marke Carraro, Superpark 4400 HST, bei der Fa. Filzmoser, Nussbach, lt. Anbot vom 2.7.2007, angeschafft wird.

Das Altfahrzeug wird zurückgegeben.

TOP 5) Abänderung des rechtskräftigen Dienstpostenplanes;

Der Bürgermeister berichtet:

Der Gemeindevorstand hat sich in seiner letzten Sitzung grundsätzlich dafür ausgesprochen, dass der Schulwart Helmut Hotz in die Verwendungsgruppe p2 befördert wird, unter der Voraussetzung dass eine Änderung des Dienstpostenplanes vom Gemeinderat beschlossen wird und vom Land OÖ. diese Änderung zur Kenntnis genommen wird.

Herr Hotz hat sich bereits mündlich bereit erklärt, zusätzliche Aufgaben wie z.B. Übernahme von Verantwortungsbereiche für die öffentl. Gebäude (Schule, Gemeindeamt, Bauhof, Kindergarten) zu übernehmen.

Der diesbezügliche Dienstpostenplan soll entsprechend abgeändert werden.

Die Umreihung in die Verwendungsgruppe p2 kann erst nach Kenntnisnahme der Dienstpostenplan-Änderung durch die Aufsichtsbehörde vom Gemeindevorstand beschlossen werden.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass der rechtskräftige Dienstpostenplan für die Stelle des Schulwartes von p3 auf p2 abgeändert werden soll.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass der rechtskräftige Dienstpostenplan für die Stelle des Schulwartes von p3 auf p2 abgeändert werden soll.

TOP 6) Erlassung einer Brandschutzverordnung für die VS Pfarrkirchen;

Der Bürgermeister berichtet:

Am 05. Februar wurde für Risikoobjekte der Gemeinde eine Feuerbeschau durchgeführt.

Für das Objekt Volksschule Pfarrkirchen wurde festgestellt, dass keine Brandschutzordnung vorliegt.

Es wurde mit des Sachverständigen der Brandverhütungstelle Linz eine diesbezügliche Verordnung erstellt.

**BRANDSCHUTZORDNUNG
für die Volksschule und den Hort
der Gemeinde PFARRKIRCHEN bei Bad Hall**

Gesetzliche Grundlage: § 18 Oö. Feuerpolizeigesetz 1994, LGBl. Nr. 113/1994

1. Einleitung

Die Brandschutzordnung dient der Verhütung des Entstehens und des Weitergreifens von Bränden, der Unterweisung hinsichtlich des richtigen „Verhalten im Brandfall“ sowie der Sicherstellung einer wirksamen Brandbekämpfung und damit der Verhinderung bzw. Einschränkung einer Gefährdung von Menschen und Sachwerten in der Volksschule und im Hort der Gemeinde Pfarrkirchen bei Bad Hall. An dieser Stelle wird auch auf die besondere Verantwortung jeder einzelnen Lehrerin bzw. Horterzieherin für die Sicherheit der ihr anvertrauten Schüler hingewiesen.

2. Brandschutzbeauftragte

Als Brandschutzbeauftragte und dessen Stellvertreterin sind bestellt:

Brandschutzbeauftragte(r)	Dipl.Päd.VD SR Irmtraud Malli	
Stellvertreter	Helmut Hotz, Schulwart	

2.1 Aufgabe der Brandschutzbeauftragten

- einmal jährlich die nachweisliche Information (Unterschriftenliste) des Lehr-, Hort- und Schulpersonals hinsichtlich der Brandschutzordnung;
- die Regelung des Verhaltens im Brandfall der während des Schulbetriebes im Schulbereich Anwesenden;
- die Veranlassung und Mitwirkung bei der Durchführung von Räumungsübungen;
- die Durchführung von Eigenkontrollen nach TRVB N 131 (Sichtkontrollen an tragbaren Feuerlöschern, Fluchtwegorientierungsleuchten, Stiegenhausentrauchungsanlagen sowie die Kennzeichnung und die Freihaltung der Fluchtwege und der Feuerwehrezufahrt,...);
- die Meldung der festgelegten Mängel an die Leiterin der Schule, welcher die Meldung an den Schulerhalter weiterleitet und somit die Behebung veranlasst;
- die regelmäßige Überprüfung des Brandalarmplanes, der Brandschutzordnung sowie des Brandschutzplanes auf Aktualität und nötigenfalls die Veranlassung von Änderungen über die Schulleiterin;
- die Führung des Brandschutzheftes;
- die Anbringung des Anschlagsblattes „Verhalten im Brandfall“ zumindest in den Geschossen der Schule sowie der Brandschutzordnung und des Brandschutzplanes an zentraler Stelle;
-

3. Allgemeine Grundsätze des Brandschutzes

- Die Einhaltung von Ordnung und Sauberkeit ist ein grundlegendes Erfordernis für den Brandschutz.
- Fahrzeuge dürfen im Schul- und Zufahrtsbereich nur auf gekennzeichneten Parkflächen abgestellt werden. Zufahrten und Stellflächen für die Feuerwehr sind freizuhalten.
- Fluchtwege sind ständig in ihrer vollen Breite freizuhalten. Die Benutzbarkeit sämtlicher Ausgänge muss während der Schulzeiten sichergestellt sein.
- Hinweisschilder und Hinweiszeichen sind zu beachten. Sie dürfen nicht der Sicht entzogen, beschädigt oder entfernt werden.

- Brandschutztüren und Rauchabschlusstüren sind immer geschlossen zu halten, ausgenommen solche mit selbsttätiger Auslösung. Die Selbstschließvorrichtungen dürfen nicht blockiert oder außer Kraft gesetzt werden und der Schließbereich ist von Lagerungen freizuhalten.
- Brandbekämpfungseinrichtungen dürfen weder verstellt, der Sicht entzogen noch missbräuchlich entfernt, beschädigt oder zweckwidrig verwendet werden.
- Hauptschalter und Absperrhähne (Strom, Wasser, Gas) müssen für befugte Personen ständig zugänglich sein.
- Öffensbare Stiegenhausfenster und die Auslösevorrichtungen für Brandrauchentlüftungen müssen immer frei zugänglich sein.
- Das Hantieren mit offenem Feuer und Licht ist mit Ausnahme von Werkräumen und Werkstätten, welche für Feuerarbeiten vorgesehen sind, im gesamten Schulgebäude grundsätzlich verboten.
- Mit Ausnahme folgender Räume ist im gesamten Schulgebäude Rauchverbot: Innenhof bei Veranstaltungen.
- Koch- und Wärmegeräte sowie Kaffeemaschinen dürfen nur mit Genehmigung des Schulerhalters und der Brandschutzbeauftragten aufgestellt und nur unter Aufsicht betrieben werden.
- Schäden und Störungen an elektrischen Betriebsmitteln, Blitzschutzanlagen, Gasgeräten, Gasleitungen oder sonstigen Brandschutzeinrichtungen sind dem Schulerhalter unverzüglich zu melden. Dieser hat für den betriebssicheren Zustand zu sorgen.
- Bei Unterrichtsschluss sind sämtliche elektrische Betriebsmittel, soweit diese nicht für die Aufrechterhaltung des Betriebes benötigt werden (z.B. PC-Server,...) abzuschalten.
- In der Nähe von Feuerstätten, Heiz- und Wärmegeräte dürfen keine brennbaren Gegenstände gelagert werden.
- Die Lagerung leichtbrennbarer Gegenstände sowie brennbarer Flüssigkeiten hat ausschließlich in geeigneten Behältern und Räumen, keinesfalls auf Fluchtwegen, zu erfolgen. Vor einer Lagerung von größeren Behältern (mehr als einem Liter brennbarer Flüssigkeiten der Gefahrenklasse I) ist das Einverständnis des Gebäudeerhalters, der Brandschutzbeauftragten und der Brandverhütungsstelle für Oberösterreich einzuholen.
- Gasgeräte und Gasleitungen sind in betriebssicherem Zustand zu erhalten.
- Ortsbewegliche Gasbehälter (Gaskartuschen) sind vor Wärmeeinwirkung zu schützen und standsicher zu lagern. Flüssiggasbehälter (Gaskartusche) dürfen nicht unter Erdniveau gelagert werden. Bei jedem Wechsel von Vorratsbehältern ist eine Dichtheitsprobe (zB. Seifenwasserprobe) durchzuführen. Vor Betrieb bzw. Lagerung von größeren Behältern (mehr als 0,5 kg) ist das Einverständnis des Gebäudeerhalters, der Brandschutzbeauftragten und der Brandverhütungsstelle für Oberösterreich einzuholen.
- Brennbare Abfälle dürfen nur in den hierfür vorgesehenen Müllräumen bzw. in den hierfür bereitgestellten Mülltonnen, jedoch keinesfalls auf Fluchtwegen, gelagert werden. Rauchwarenreste oder zur Selbstentzündung neigende Materialien dürfen nur in nichtbrennbaren Behältern mit ebensolchen selbst- und dicht schließenden Deckeln, oder geprüften Sicherheitsabfallbehälter aufbewahrt werden.
- Feuer- und Heißenarbeiten (Schweißen, Löten, Schleifen,.....) dürfen nur dann vorgenommen werden, wenn der Schulerhalter bzw. die Brandschutzbeauftragte hievon verständigt und von ihr die erforderlichen Brandschutzmaßnahmen (Freigabeschein) getroffen wurden.
- Wahrgenommene feuergefährliche Mängel und sonstige Missstände, welche die Brandsicherheit beeinträchtigen können, sind unverzüglich der Brandschutzbeauftragten und dem Schulerhalter zu melden.
- Dekorationsgegenstände müssen, sofern sie ein geringfügiges Ausmaß überschreiten, im Brandverhalten den Klassen B1 (schwerbrennbar), Q1 (schwach qualmend) und Tr1 (nicht tropfend) nach ÖNORM B 3800-1 entsprechen. Das Ausstellen von Zeichnungen, Plänen, Unterrichtsmaterial und dgl. Im schulüblichen Ausmaß ist zulässig.
- Bei Veranstaltungen innerhalb der Schule ist den Weisungen der Brandschutzbeauftragten hinsichtlich der Brandsicherheit nachzukommen.

4. Verhalten im Brandfall

4.1 Verhalten bei Brandausbruch

- Ruhe bewahren!
- Immer beachten:
 - ALARMIEREN der Feuerwehr
 - Erforderlichenfalls RÄUMUNGSSALARM AUSLÖSEN
 - RETTEN
 - LÖSCHEN
- Bei Ertönen des Räumungsalarmes – Alarmzeichen: Handsirene
 - Elektrische Kochgeräte, Geräte mit offener Flamme in Werkstätten und Werkräumen udgl. abstellen, Behälterventil schließen;
 - Klassenbücher mitnehmen
 - Schulgebäude klassenweise unter Aufsicht von Lehrpersonal in Richtung Sammelplatz verlassen (Parkplatz);
 - Klassentüren nach den vollständigen Verlassen schließen;
 - ist eine Klasse ohne Aufsicht, so ist die von der Lehrperson der nächstliegenden Klasse mitzubetreuen;
 - Vollzähligkeit der Schüler auf Sammelplätzen feststellen;
- Falls ein Verlassen des Schulgebäudes bzw. des Klassenraumes nicht möglich ist:
 - im Klassenraum verbleiben
 - Türen schließen, Fugen mit nassen Tüchern abdichten, allenfalls Fenster öffnen, sich den Einsatzkräften bemerkbar machen;
- Bei Ertönen des Räumungsalarmes während der Pause sind die obigen Maßnahmen durch die Gangaufsicht zu veranlassen;
- Türen des Brandraumes schließen;
- Stiegenhausfenster und Rauchabzugsöffnungen öffnen;
- Der Feuerwehr die Zufahrten und Zugänge öffnen, die Feuerwehr einweisen und auf eventuell vermisste Personen hinweisen;
- Bei der Brandbekämpfung ist folgendes zu beachten:
 - eigene Sicherheit beachten
 - Löschstrahl nicht in Rauch und Flammen, sondern direkt auf die brennenden Gegenstände richten
 - Gasflammen nicht mit Löschgeräten, sondern durch Absperren der Gaszufuhr löschen
 - leichtbrennbare Gegenstände aus der Nähe des Brandes entfernen
 - für die Tätigkeit der Einsatzkräfte Platz machen und deren Anordnungen Folge leisten

4.2 Maßnahmen nach dem Brand

Schulgebäude erst nach Freigabe durch die Feuerwehr betreten;
Alle Wahrnehmungen, die zur Ermittlung der Brandursache dienen können, dem Einsatzleiter der Feuerwehr, dem Vorgesetzten und den Ermittlungsdiensten der Exekutive bekannt geben;
Benützte tragbare Feuerlöscher und sonstige Löscheinrichtungen erst nach Wiederbefüllung bzw. Instandsetzung an ihren Standort anbringen;

5. Brandschutzbuch

In das Brandschutzbuch sind vom Brandschutzbeauftragten alle für die Brandverhütung und die Brandbekämpfung wesentlichen Umstände mit den entsprechenden Zeitangaben einzutragen. Insbesondere sind in das Brandschutzbuch einzutragen:

- Die Durchführung der jährlichen mehrmaligen Kontrollen der Brandsicherheit, der Brandschutzeinrichtungen und der Fluchtwege;
- Die bei den Kontrollen festgestellten Mängel und deren Behebung;
- Die durchgeführten Brandschutz- und Räumungsübungen;

- Verstöße gegen die allgemeinen Grundsätze des Brandschutzes (tragbare Feuerlöscher, Alarmanlagen, Fluchtwege, Zufahrt);
- Der Zu- und Abgang von Feuerlöschgeräten;
- Festgestellte Mängel und deren Behebung (zB. bei der Feuerpolizeilichen Überprüfung);
- Brände, auch wenn sie sofort gelöscht werden konnten, und ihre Ursachen. Das Brandschutzbuch ist ständig auf dem laufenden zu halten und mindestens einmal im Jahr (am Ende des Schuljahres) dem Leiter der Schule und dem Schulerhalter zur Einsichtnahme vorzulegen.

6. Unterweisung der Schüler und Bediensteten, Durchführung von Räumungsübungen

Zu Beginn jedes Schuljahres ist von der Schulleitung eine Unterweisung der Schüler und Bediensteten über mögliche Gefahren und das Verhalten im Brandfall zu veranlassen. Weiters ist an jedem Schuljahr eine Räumungsübung im Einvernehmen mit der Freiwilligen Feuerwehr Pfarrkirchen bei Bad Hall durchzuführen (siehe § 6 Abs. 2 der Schulordnung, BGBl. Nr. 373/1974 idgF). Die Übung hat eine Unterweisung über das Verhalten im Brandfall voranzugehen. Die Räumungen sind unter Annahme verschiedener Brandursachen und Brandverläufe durchzuführen.

Pfarrkirchen, 06. Februar 2007

Der Bürgermeister:

Herbert Plaimer

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge die vorliegende Brandschutzverordnung für die Volksschule Pfarrkirchen zur Kenntnis nehmen und beschließen.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Die vorliegende Brandschutzverordnung für die Volksschule Pfarrkirchen gilt daher als beschlossen.

TOP 7) Errichtung Therapiezentrum „Sonnenpark“ – Antrag gem. § 46 Abs. 2 GemO 1990;

Bericht: GVM. Mayrhofer:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Mitglieder des Gemeinderates!

In der letzten GR-Sitzung am 11. Mai 2007 wurde mit den Stimmen der SP-FP-Fraktion die Vereinbarung mit der Stadtgemeinde Bad Hall betreffend die Herstellung der notwendigen Infrastruktur für das geplante Therapiezentrum Sonnenpark beschlossen.

Aufgrund dieser Vereinbarung gehen sämtliche Steuern und Abgaben an die Stadtgemeinde Bad Hall.

Der Bürgermeister hat in der letzten GR-Sitzung erklärt, dass es zwischen den Gemeinden Bad Hall und Pfarrkirchen keine Verhandlungen in dieser Sache gegeben hat und hat bereits mit Schreiben vom 27. Jänner 2007 an die Stadtgemeinde Bad Hall mitgeteilt, dass sich die Gemeinde Pfarrkirchen aus finanziellen Gründen an der Herstellung der notwendigen Infrastruktur für dieses wichtige Projekt nicht beteiligen wird.

Die Stadtgemeinde Bad Hall kann sich sehr freuen, dass unser Bürgermeister unserer Ansicht nach auf sehr viel Geld verzichtet.

Die Sicht der ÖVP zu diesem Thema:

1. Herstellung des Wasseranschlusses:

Die Herstellung des Wasseranschlusses und die Wasserversorgung für das Therapiezentrum erfolgt sinnvoller Weise durch die Stadtgemeinde Bad Hall, da der Anschluss im Gemeindegebiet von Bad Hall liegt.

Dadurch steht der Stadtgemeinde Bad Hall auch die volle Wasseranschlussgebühr und die Wasserbenutzungsgebühr zu.

Aus diesem Grund ist die Stadtgemeinde Bad Hall auch verpflichtet, die Kosten für die Umlegung der Wasserleitungen auf den Grundstücken 393/2 KG. Mühlgrub (Wasserversorgung der Fa. AGRU und Eigenwasserversorgung der ehem. Landeskuranstalten) auf ihre Kosten durchzuführen.

Durch diese Arbeiten sind der Gemeinde Bad Hall bisher Kosten in Höhe von ca. 25.000 € exkl. MWSt. entstanden.

Betreffend Umlegung der Betriebswasserleitung der Fa. AGRU möchte ich feststellen, dass es diesbezüglich einen Dienstbarkeitsvertrag zwischen dem Land OÖ.

und der Stadtgemeinde Bad Hall aus dem Jahr 1986 gibt (Wasserrechtsbescheid aus dem Jahr 1986) und dass die Gemeinde Bad Hall durch diese Betriebswasserleitung, die von der Fa. AGRU in einer Länge von rd. 4 km selbst errichtet wurde, sehr gut verdient hat.

Der Fa. AGRU wurde im Jahr 1986 ein Wasserbezugsrecht in einer Größe von über 700 m³ Wasser pro Tag eingeräumt, das ist soviel Wasser wie die gesamten Gemeindebürger von Pfarrkirchen in 3 Tagen verbrauchen.

2. Die Herstellung des Straßenanschlusses:

Die Stadtgemeinde Bad Hall beabsichtigt, die sog. Feldgasse auszubauen und zu verbreitern und wird daher auch einen entsprechenden Straßenbeitrag den angrenzenden Liegenschaftsbesitzern vorschreiben.

Auch für die Parz.Nr. 393/2 KG. Mühlgrub wird ein entsprechender Straßenbeitrag eingehoben.

Wie ich bereits in der Sitzung vom 11. Mai 2007 gesagt habe, kommt eine Straßenverbreiterung nicht nur dem neuen Therapiezentrum, sondern auch dem ehem. „Patschenheim“, das zurzeit in ein Wohnobjekt umgebaut wird, dem Sonnenheim und dem Herz- und Kreislaufzentrum der Bauern zugute.

3. Herstellung des Kanalanschlusses:

Die Herstellung des Kanalanschlusses im Trennsystem ist so geplant, dass die Schmutzabwässer über die „Hadringer-Leite“ in den Verbandssammler eingeleitet werden. Der Sulzbach muss zu diesem Zweck gequert werden.

Die Oberflächenwässer werden extra in den Sulzbach eingeleitet.

Zu diesem Zweck sollen 2 Kanalstränge in einer gemeinsamen Künette in frostfreier Tiefe von ca. 1,2 m verlegt werden. Das Projekt ist noch wasserrechtlich zu verhandeln.

Lt. Herrn Ing. Pöllabauer werden die Kosten für die Herstellung einer Kanalleitung für Schmutz- und Oberflächenwässer mit ca. 70.000 € netto beziffert. (lt. Vereinbarung)

Weiters ist vorgesehen, dass auch Teile des Herz- und Kreislaufzentrums und des bestehenden Parkplatzes des Bauernheimes und die Straßentwässerung der Feldgasse an den geplanten Oberflächenkanal angeschlossen werden sollen.

Eine diesbezügliche Zusage über eine Kostenbeteiligung des Herz- und Kreislaufzentrums der Bauern an die Stadtgemeinde Bad Hall gibt es bereits.

Für die ÖVP-Fraktion ist jedoch ein Aspekt besonders wichtig:

Die Gemeinde Pfarrkirchen kann die volle Kanalanschlussgebühr für das geplante Therapiezentrum mit einer Nutzfläche von rd. 8.300 m² Nutzfläche vorzuschreiben. Diese Anschlussgebühr macht lt. geltender Kanal-Gebührenordnung rd. € 140.000 excl. MWSt. aus.

Dieser Betrag muss lt. dem von Gemeinderat mehrheitlich beschlossenen Übereinkommen an die Stadtgemeinde Bad Hall abgeliefert werden.

Diese Anschlussgebühr, die eine zweckgebundene Einnahmen ist, reicht aus, den geplanten Kanal zweimal zu bauen.

Die ÖVP-Fraktion kann hier kein finanzielles Risiko für die Gemeinde erkennen!

Das ist noch nicht alles!

Als Draufgabe für den Gratis-Kanalanschluss samt Gewinn bekommt dann die Gemeinde Bad Hall noch in den Folgejahren die gesamten Kanalbenützungsgebühren des Therapiezentrums.

Hier ist ein Vergleich für uns sehr interessant:

Das Therapiezentrum Sonnenpark wird für ca. 160 Betten errichtet.

Das Bauernheim Bad Hall, mit seinen nur 120 Betten verbrauchte im Jahr 2006 genau 11.457 m³ Wasser.

Das würde für die Gemeinde Pfarrkirchen lt. geltender Kanalbenützungsgebühr jetzt eine Summe von nicht weniger als € 32.767,-- pro Jahr ergeben.

Allein bei der Kanalbenützungsgebühr für 20 Jahre schenkt die Gemeinde Pfarrkirchen der Stadtgemeinde Bad Hall somit den Betrag von € 655.340,-- ohne Erhöhung gerechnet, das wären zur Veranschaulichung in Schilling gerechnet S 9,017.675,--

Die ÖVP-Fraktion ist der Ansicht, dass der Bürgermeister in dieser Sache nicht oder äußerst schlecht verhandelt hat und wir sehen nicht ein, dass die Gemeinde Pfarrkirchen auf diese Einnahmen verzichtet.

Aus diesem Grund stellen wir folgenden Antrag.

Antrag:

GVM. Mayrhofer beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass diese Vereinbarung zwischen den Gemeinde Bad Hall und Pfarrkirchen neu verhandelt werden soll.

Die Vereinbarung ist so abzuändern, dass die Kosten für die Herstellung des Kanalanschlusses von der Gemeinde Pfarrkirchen übernommen werden und die Gemeinde Pfarrkirchen daher auch die Einnahmen aus der Kanalbenützungsgebühr bekommt.

Bgm. Plaimer dankt für die umfangreiche und ausführliche Wortmeldung.

GRM. Dipl.-Ing. Deimek erklärt:

Die Daten, die wir jetzt gehört haben sind sehr kräftig. Das ist ein Vorwurf in Richtung des Verhandlungsführers. Ich kenne andere Zahlen, die wir beim letzten Mal gehabt haben.

Für mich hat sich das so dargestellt, dass wir beim Wasser mit + - Null, bei der Straße auch ungefähr mit 0 und beim Kanal wäre ein Plus gewesen. Und da war unsere Überlegung, für dieses Plus beim Kanal – auf das Gesamtprojekt gesehen – rentiert es sich nicht, weil wir alles vorfinanzieren müssen.

Jetzt schauen die Zahlen ganz anders aus. Ich habe nicht mitgeschrieben. Rein akustisch hört sich das ganze einmal sehr kräftig an und ich würde einmal sagen, einfach einmal schauen, was ist es wirklich.

Bgm. Plaimer:

Lieber Franz, danke für diese exzellente Grundlagenforschung. Wo du die ganzen Ziffern her hast, weiß ich nicht. Werden schon in irgendeiner Form irgendwo zu bekommen sein. Es gibt in den letzten Wochen und Monaten immer wieder diese wunderbare Aussage eures geschätzten Herrn Vizekanzlers Mag. Molterer „pacta sunt servanda“. „Pacta sunt Servanda“ beschreibt das Prinzip der Vertragstreue im öffentlichen und privaten Recht.

Wir haben in der letzten Gemeinderatssitzung einen Beschluss gefasst. Dieser wurde der Stadtgemeinde Bad Hall mitgeteilt. Die Stadtgemeinde Bad Hall hat in ihrer Gemeinderatssitzung einen gleich lautenden Beschluss gefasst. Ich bin der Meinung des Herrn Vizekanzlers, nicht immer, aber in diesem Fall kann ich mich dem anschließen, dass Verträge, die man abgeschlossen hat, auch einzuhalten sind.

Nicht desto trotz, man kann mit Bad Hall immer über alles reden. Nur den Vertrag selber - aus meiner Sicht - kann man heute nicht sistieren.

Beschluss:

Für den Antrag von GVM. Mayrhofer stimmen 11 Mitglieder des Gemeinderates. Er ist daher abgelehnt. (SPÖ- und FPÖ-Fraktion stimmen dagegen.)

Der Bürgermeister stellt die mehrheitliche Ablehnung fest.

TOP 8) Aufschließung des Friedhoffeldes; Erstellung eines Gestaltungsplanes –
Festlegung der Straßenbreite – Antrag gem. § 46 Abs. 2 GemO 1990;

Bericht: GVM. Franz Mayrhofer:

Geschätzter Bürgermeister,
liebe Gemeinderatsmitglieder!

Mit dieser Sache hat sich der Bauausschuss in seiner Sitzung vom 5. Juni 2007 eingehend beschäftigt und hat einstimmig beschlossen, dem Gemeinderat vorzuschlagen, dass bei der Aufschließung des Friedhoffeldes eine Straßenbreite von 7,50 und beim Zeughausweg eine Straßenbreite von 8,00 m vorzusehen ist.

Diese Straßenbreiten sind im Bebauungsplan, der der Gemeinde noch vorzulegen ist, zu berücksichtigen.

Dies wurde den Ehegatten Stockinger mit einem Schreiben Mitte Juni mitgeteilt.

Am Dienstag, den 19. Juni hat Herr Stockinger beim Bürgermeister vorgesprochen und es ist der Gemeinde am 20. Juni ein diesbezügliches Antwortschreiben übermittelt worden.

In der GV-Sitzung vom 21. Juni stand dieser Punkt auf der Tagesordnung.

Entgegen den Bestimmungen der OÖ. Gemeindeordnung wurde dieser Punkt zur Abstimmung gebracht und die Straßenbreite von 7,50 m auf 7,00 m reduziert.

Aus diesem Grunde hat die ÖVP-Fraktion einen Antrag gem. § 46 Abs. 2 der GemO noch in dieser Sitzung angekündigt und fristgerecht eingebracht.

Bisher wurden die meisten Siedlungsstraßen mit einer Breite von 7,50 m geplant und errichtet.

Bei der Bauausschuss-Sitzung am 22. März 2001 unter dem damaligen Obmann FPÖ-GR Leopold Dietinger wurde ein Vorentwurf für die Bebauung des Friedhoffeldes vom ehemaligen Ortsplaner Arch. Dipl.-Ing. Aumayr besprochen und in der vorliegenden Form zur Kenntnis genommen. Auch dieser Entwurf sah eine Straßenbreite von 7,50 m vor.

In der GR-Sitzung vom 29. März 2001 wurde unter Pkt. 2 b (Umwidmungsantrag Mayrbäurlgründe)

im Bericht des Bürgermeisters erklärt, dass für den Bereich Friedhoffeld eine Straßenbreite von mind. 7,50 m einzufordern ist.

Viele Mitglieder des heutigen Gemeinderates waren auch damals bei dieser Beschlussfassung anwesend. (u.a. Bgm. Plaimer., Vbgm. Jungwirth, GVM. Diwald, Prihoda usw.)

Es ist für unsere Fraktion befremdend, dass der Bürgermeister Vorschläge des zuständigen Bauausschusses an den Gemeinderat jetzt einfach negiert, obwohl er beim Informellen Gedankenaustausch am Do., 11. Juli 2002 selbst in seiner Begrüßung erklärt hat,

Ich zitiere jetzt wörtlich den Bürgermeister:

„Dass er die Arbeit der Unterausschüsse aufwerten will und es vor allem um die Umsetzung der Beschlüsse und guten Ideen der Ausschüsse geht (Motivationsschübe).

Eine Diskussion und Beratung in den Ausschüssen ist nur sinnvoll, wenn sie auch umgesetzt werden.“

Aus diesem Grund stellt die ÖVP-Fraktion folgenden Antrag.

GVM. Mayrhofer beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass bei der Bebauung des Friedhoffeldes wie vom Bauausschuss in seiner Sitzung vom 5. Juni 2007 einstimmig vorgeschlagen wurde, eine Straßenbreite von 7,50 m vorzusehen ist.

Bgm. Plaimer:

Ganz kurz noch zu dieser Zitierung meiner Worte – ich stehe nach wie vor dazu – nur es muss auch oder es kann auch den Entscheidungsträgern zugebilligt werden, manche Dinge in einem anderen Licht zu sehen, wenn andere Gespräche laufen, neu zu diskutieren und in einem anderen Licht zu betrachten, dass die Zuständigkeit des Gemeindevorstandes nicht gegeben war, kann ich so nicht sehen, weil wir keinen Bebauungsplan beschlossen haben, sondern eine Antwort auf das Schreiben auf das Schreiben des Herrn Stockinger normiert haben, der in seinem Schreiben ersucht hat, auf 7 m der Straßenbreite zu gehen. Ich bin nach reiflicher Überlegung zur Ansicht gelangt, und habe des Öfter schon gesagt, dass für Siedlungsstraßen 7m Straßenbreite durchaus ausreichend sind.

Ich will auf gar keine Lex Friedhofsfeld oder eine Lex Stockinger, sondern mein bestreben ist eher, eine generelle Regelung, auch für zukünftige Aufschließungen zu haben, weil wir doch immer wieder Fragen zu beantworten haben welche Straßenbreite wollt ihr und wenn ich an das gestrige Gespräch mit der Familie Branstätter, die mich mit 7 m nicht gelobt haben. Das sind natürlich Dinge, wo wir generell eine Linie haben sollen. Wir haben Straßen mit 7 m, mit 6 m, mit 8m, wir haben einen relativ guten Mix. Das kommt auf die Entstehungsgeschichte an und jede Zeit hat seine Stile, Vorschriften und Wünsche. Auch die Bebauung – man kann heute schauen, und kann ungefähr sagen, wann welche Häuser errichten wurden. Damals war der Wunsch nach sehr breiten Straßen nicht gegeben, heute hat die Gemeindeverwaltung das Problem mit den breiten Straßen, weil die Autos sehr schnell durchfahren, das man eher Bremsen einbauen muss, weil es aus der Sicht, der dort Wohnenden gefährlich ist. Ich konzertierte das jeder der Investitionen in unserem Gebiet durchführen will, Anträge stellen kann, um nach seinen Gesichtspunkten abzuhandeln. Ich ersuche wirklich zu überlegen, ob es nicht für die Gemeinde eine sinnvollere Lösung ist eine 7 m breite Straße ist.

GRM. Georg Gutbrunner erklärt, dass er sich die Frage gestellt hat, als er die Tagesordnung gesehen hat, ob es sinnvoll ist, überhaupt Ausschussarbeit zu leisten, weil es im Bauausschuss einen einstimmigen Beschluss, die Straße mit 7,50 m vorzusehen.

GRM. Striegl hat in der Bauausschusssitzung unsern Ortsplaner, Herrn Kubernat, um seine Fachmeinung gefragt und dieser sagt, er schlägt auch 7,50 m vor, weil man nachträglich keinen Grund mehr bekommt. und wenn man bedenkt, dass dort eine große Siedlung geplant ist, wo wahrscheinlich einmal ein Gehsteig kommt und dann auf 6 m bin, dann Frage ich mich schon, dass du Herr Bürgermeister „hinterrucks“, dass du eigenmächtig in den Vorstand gehst und ohne, das du mit dem Bauausschuss darüber redest, du willst 7 m. Ich habe mich erkundigt, ob das überhaupt möglich ist, und da dürfte deine Aussage nicht ganz stimmen, weil es heißt, nur dann ist der Gemeindevorstand zuständig, wenn der Gemeinderat den Gemeindevorstand berechtigt, dann kann der Gemeindevorstand

einen Beschluss fassen. Das ist keine Art, dass zuerst alle Fraktionen zusammensitzen und diskutieren und dann machst du deine Aussage alleine, jetzt machen wir die Straßenbreite mit 7 m.

Ich überlege mir, ob ich überhaupt noch Bauausschusssitzungen mache, so mache ich nicht mit, dass man den Bauausschuss so ignoriert und so an die Seite stellt. Du kennst mich, ich bin immer kosensbereit und habe mich immer bemüht, aber so Herr Bürgermeister so nicht.

Wortmeldung Bgm. Plaimer:

Wir hatten Bauausschusssitzung, daraufhin kam ein Schreiben und ich habe Schreiben die irgendjemand, der Investor oder ein Bürger der Gemeinde an den Bürgermeister richtet, zu bearbeiten, ich bearbeite sie auch und eine Bearbeitungsmöglichkeit und die hat sich Gott sei Dank so ergeben, weil wir Vorstandssitzung gehabt haben, war die Vorstandssitzung, wo ich auch dieses Schreiben mit eingebaut habe, wo wir auch diskutiert haben. Es hat schon Adenauer gesagt, es kann kein Tag vergehen wo man nicht gescheitert wird, ich bin nach wie vor der Meinung, man soll oder kann ein Projekt auch mit 7 m abwickeln. Es geht mir gar nicht um das Friedhofsfeld – Stockinger, sondern es geht mir um eine generelle Linie. Ich will künftig Diskussionen dieser Art vermeiden. Ich will eine Linie haben. Ich habe nichts dagegen das mit einem §46 Antrag nochmals darüber diskutiert. Wahrscheinlich wäre es ein Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung auch so gewesen. Weil die Tagesordnung der heutigen Gemeinderatssitzung war bei weiten noch nicht festgelegt Franz Mayrhofer ist immer sehr flink, am nächsten Tag ist der Antrag auch schon da gewesen.

Der Bürgermeister erklärt, dass ihm das Wort „hinterrucks“ nicht gefällt, wie es GRM Gutbrunner gemeint hat. Es geht immer noch um eine sachliche Beurteilung, eines sachlichen Problems.

GRM. Deimek erklärt, dass mir geht es weniger um zusammenwirken von Bauausschuss, Gemeindevorstand und Bürgermeister, darüber kann durchaus diskutieren. Nur wenn man auf den Punkt hinget das wir eine langfristiges Reglement wollen, dann geht es mir weniger um den Bauausschuss, sondern um die Siedlungsstraßen und vor allem um die Leute, die dann in den Straßen wohnen und ich kann mir vorstellen, dass diese Leute so wenig wie möglich Straßenbreite wollen. Ich denke da an unsere Siedlung, da war es eindeutig, ich kenne auch verschiedene Wortmeldungen vom Hofmannsfeld und Ähnliches. Natürlich gibt es Nachteile auch, wenn man jetzt an die Schneeräumung denkt. Je schmaler die Straße, desto langsamer müssen die Autos fahren. Wenn ich da an die Siedlung Friedhofsfeld denke, so schmal wie möglich, mir kommen beide Breiten 7 und 7,5 m zu breit vor.

GVM. Mayrhofer erklärt, dass der Gemeinderat schon einmal den Vorwurf bekommen hat, dass wir zu wenig in die Zukunft schauen. Ich glaube wenn man wirklich in die Zukunft schaut und man weiß, dass am Friedhofsfeld ca. 250 Personen wohnen werden, dass die 250 Personen, oder die Häuser bis zu 3 Autos haben werden, die manches Mal auch Besuch bekommen und die dann auf der Straße stehen. Viele Familie mit Kleinkindern sein werden, die mit dem Kinderwagen fahren wollen und dann stell ich mir das so schön vor wenn die Müllabfuhr fährt und der Schneepflug fährt und den Schnee irgendwo hinräumen soll. Jetzt soll man nicht den Fehler machen, wo wir jetzt 7,50 m bekommen, das man nur 7m macht und dann bei Herstellung eines Gehsteiges die Straßenbreite auf 5,80m oder 5,70 m verringern muss. Das glaube ich, wird einmal ein Vorwurf an uns werde. Wir haben die Aufstellung Weissenbrunner mit 7,50 m gemacht. Wie die Fläche von der Gemeinde verwertet wird, ist wirklich zweierlei, die Möglichkeit haben dann wir, den Grund haben wir, jetzt geben wir den Grund aus der Hand wir kriegen nie wieder. Den Vorwurf möchte ich mir, bzw. der ÖVP – Fraktion nicht vorwerfen lassen, dass wir nicht in die Zukunft geschaut haben. Das ist unsere Ansicht auch der § 46 Antrag, daher diese Sache noch mal zum nachdenken, vielleicht stimmt ihr der ÖVP mit, dass man ein zukunftssträchtiges Projekt zusammenbringt, mit 7,50 m Straßenbreite in Pfarrkirchen.

Bgm. Plaimer fragt an, ob die ÖVP-Fraktion bei der Aufschließung des Hoffmannfeldes nicht weit blickend und in die Zukunft denkend?

GVM. Mayrhofer erklärt, dass das die Fehler sind, die nie mehr gemacht werden sollen. Aus diesem Grund, möchte ich nicht, dass das ein zweites Mal passiert.

Bgm. Plaimer erklärt, dass zwischen 5,00 m und 7,00 m doch 2 m Unterschied sind in der Straßenbreite.

GVM. Mayrhofer berichtigt diese Aussage, da die Straßenbreite am Hoffmannfeld 6,00 m beträgt.

GRM. Gutbrunner erklärt, dass er lange genug Obmann des Straßenausschusses war, weiß auch von den Fehlern und um die Diskussion um das Hoffmannfeld und wie da schwer hin und her diskutiert wurde. Im Nachhinein ist es ein Fehler dass man nicht auf 7 bzw. 7,5 m gegangen ist.

Ich habe es mir selber angeschaut und habe festgestellt, dass wenn nur 1 Auto steht man schauen muss, dass man vorbeikommt. Er macht darauf aufmerksam, dass beim Friedhoffeld Probleme auftreten, wenn ein Gehsteig kommt, ein Auto parkt und die Schneeräumung durchgeführt werden muss, wenn man Gegenverkehr hat. Beim Parken müssen 2 Fahrstreifen frei bleiben und dann darf keiner vor der eigenen Haustüre parken und dann werden die Leute zur Gemeinde kommen und sagen, „was habt ihr da gemacht“. Ich glaube auch, es ist auch von Herrn Stockinger verkraftbar noch einen halben Meter abzutreten. Der Grund ist nur Herr Stockinger, der sich mit Händen und Füßen wehrt um den halben Meter. Ich glaube man soll diesen Fehler nicht machen.

Wenn wir jetzt diesen Fehler machen, dann ist er gemacht.

Bgm. Plaimer erklärt, dass für diesen Bereich 20 – 25 Parkplätze vorgesehen werden. Wenn dort ein Besuch kommt, darf er auch dort parken. So eng sehe ich das auch nicht. Ich weiß, dass die Autofahrer nicht gerne ein Stück zu Fuß gehen, weil ich auch selber Autofahrer bin.

GRM. Kahr spricht sich für eine Straßenbreite von 7,50 m aus und erklärt, dass für den Gehsteig 1 m bis 1,30 gebraucht werden. Dann verbleiben noch 6,20 bis 6,50 für die Fahrbahn. Ich weiß es wie es bei uns drunten ist. Ich sehe auch, dass dort Autos stehen, obwohl dort Parkplätze sind, die Tendenz geht in diese Richtung, die Autofahrer gehen nicht gerne und stellen ihre Autos einfach ab und dann gibt es Probleme bei der Schneeräumung. Wenn man mit größeren Fahrzeugen die Straße befahren will gibt es ein Problem. Herr Kahr erklärt, dass man davon ausgeht, dass nur 1 Gehsteig kommen soll.

Bgm. Plaimer erklärt, dass derzeit überhaupt kein Gehsteig vorgesehen ist.

Es ist derzeit nur von der künftigen Straßenbreite die Rede.

GRM. Elfried Lindner erklärt, dass die Siedlungsstraßen in Feyregg sehr breit sind, jedoch kann man feststellen, dass aufgrund fehlender Abstellplätzen bei den Häusern auf beiden Seiten der Fahrbahn Autos abgestellt werden, wodurch ein Befahren mit dem Schneepflug unmöglich gemacht wird. Da spielt dann die Breite der Straße überhaupt keine Rolle.

Man sollte an die Bewohner appellieren, entweder auf der linken oder auf der rechten Seite die Autos abzustellen. Dann kann man leicht beide Fahrtrichtungen benützen.

GRM. Lindner führt weiter aus, dass im Winter die Gehsteige von den Hausbesitzern oft nicht ordnungsgemäß geräumt werden. In diesem Falle ist eine Empfehlung an die Hausbewohner in der Form notwendig, dass vor allem im Winter nur in einer Fahrbahnrichtung die Autos abgestellt werden sollten.

Bgm. Plaimer:

Es ist interessant, dass auch dort wo Gehsteige sind, die Autos zur Hälfte am Gehsteig parken. Dann müssen die Damen mit den Kinderwägen den Autos ausweichen über die Gehsteigkante hinunter fahren, dass parkende Auto passieren und dann wieder auf den Gehsteig hinauffahren und das vielleicht 3-4 Mal pro Strecke. Ich habe diesbezüglich bereits mit der damaligen Gendarmerie darüber gesprochen. Wenn da anfangen würde dem Recht Genüge zu tun, dann würden sie nur mehr Strafmandate für parkende Autos auf Gehsteigen erteilen müssen. Dass ist nicht nur so in Pfarrkirchen, sondern auch in allen Nachbargemeinden. Dass ist die Problematik und daher ist ein Gehsteig nicht immer „das gelbe vom Ei“. Bei Durchzugsstraßen kommt man ohne Gehsteig nicht aus, im Siedlungsbereich ist aus meiner Erfahrung heraus der Bau von Gehsteigen eher kontraproduktiv. Das ist jeweils zu beurteilen, wie die Lage sich dort darstellt.

GVM. Prihoda: Ich melde mich als jetziger Straßenausschussobmann und erfragt wo wir die bisherigen Straßenbreiten tatsächlich wo wir die Straßenbreiten ausnutzen.

GVM Prihoda erklärt, dass ihm persönlich eine Straße mit 7 m voll asphaltiert ist und nicht wie wir sie jetzt haben mit Randstreifen rechts und links der Fahrbahn. Die Gemeindearbeiter müssen diese Randstreifen mähen, wenn sie von den angrenzenden Besitzer nicht mitgepflegt werden. Wir haben die unterschiedlichsten Breiten. Ich wohne an einem Straßenstück, das 8m breit ist wovon nur 5,5m als Fahrbahn asphaltiert wurde. Auf dieser asphaltierten Fläche fahren wunderbar 2 Autos vorbei. Die Fläche daneben, wurde geschottert und dient mir als Parkplatz und trotzdem sind noch 2 m zu mähen und wenn ich diese Fläche nicht mitmähen würde, müssten die Gemeindearbeiter alle 2 Wochen mit dem Rasenmäher anrücken. Mit 7 m Straßenbreite – 6 m sind mir eindeutig zu wenig, ist es mir lieber, wenn diese Fläche zur Gänze asphaltiert ist, als wenn ein Gehsteig gegen den Wunsch der Bewohner errichtet wird. Ich sehe es auch von der Kostenseite der Gemeinde her und zwar von den ständigen Kosten her. Ich muss ja dann die Gemeindearbeiter hinaus schicken, die Randstreifen zu mähen, denn die Anrainer kann ich dazu nicht verpflichten.

Antrag:

GVM. Prihoda stellt folgenden Gegenantrag:

Da für Siedlungsstraßenbau eine Straßenbreite von 7,0 m mehr als ausreichend erscheint, Gehsteige in diesem Bereich von vielen Bewohnern nicht gewünscht werden, und der Bau eher als störend empfunden wird, stelle ich den Antrag, dass im Gemeindegebiet von Pfarrkirchen, für alle neu zu errichtenden Siedlungsstraßen, die Straßenbreite generell mit 7 m festgelegt wird.

GRM. Gutbrunner erklärt, dass Herrn GVM Prihoda da scheinbar ein Irrtum unterlaufen ist. Es wird von einer Straßenbreite von 7,0 m gesprochen wird, wenn man eine Straßenbreite von 7,0 m haben will, braucht man eine Straßenbreite von 7,5 m, weil links und rechts davon ein Bankette notwendig ist. Bei einer ausgeschiedenen Straßenbreite von 7 m, kann man nur 6,5 m asphaltieren. Jede Straße weist eine Bankette auf.

GVM. Prihoda erklärt das man ein Bankette nur da hat wo eine Gartenmauer vorhanden ist. In der Kaipstraße zum Beispiel, ist bis zur Gartenmauer die Fahrbahn asphaltiert. Wenn ich heute im Siedlungsgebiet, wo der grossteil der Bewohner eine Gartenmauer hat, lasse ich nicht links und rechts ein Straßenbankette unasphaltiert liegen. Diese 25 cm Bankette kann ich normalerweise nicht mähen, das geht nur, mit einem sog. „Motortrimmer“ oder einer „Motorsense“.

Frau GRM. Lindner erklärt, dass die Binderstraße bis zu der Gartenmauern in voller Breite asphaltiert ist und bei der Weiterführung (neues Stück) man nur die Gemeindearbeiter beim mähen sieht, dass ist für die angrenzenden Gartenbesitzer lästig, weil dadurch Unkraut in die Gärten gemäht wird. Die alte Binderstraße hat keinen Randstreifen.

GRM. Hütmeier erklärt, dass Gehsteige vor allem für Schulkinder und ältere Bewohner wichtig ist, damit Kinder nicht durch parkende Autos schlängeln müssen. Die Autos sind auch auf kleineren Straßen sehr schnell unterwegs. Wenn ich einen Gehsteig errichten kann, so soll ich schon vorausschauend die notwendige Straßenbreite aus Gründen der Verkehrssicherheit einfordern, damit Kinder und ältere Personen nicht auf der Fahrbahn gehen müssen.

GRM. Hausmann erklärt, dass er das mit einem praktischen Beispiel veranschaulichen will. Die Pfarrkirchnerstraße im Bereich des Hauses Nr. 24 ist genau 7,50 m breit und ist eine Durchzugsstraße, die Fahrbahnbreite ist genau 6,20 m. Jeder weiß, dass die Autos dort mit mind. 50 km/h und dort leicht aneinander fahren können. Breite Straßen verleiten einfach zum schnell Fahren und daher sind einige Gemeinden bemüht die Fahrbahnbreiten zu verringern. Das dient der Verkehrssicherheit. Schnee ist bei normalen Wintern, auf der Pfarrkirchnerstraße kein Problem. 7,00 m Straßenbreite schaut für mich auch breit aus, da bin ich ganz bei GRM. Dipl.-Ing. Deimek, auf der anderen Seite bin ich auch bei GVM Mayrhofer, wenn er sagt wir müssen in die Zukunft schauen. Für eine Siedlungsstraße, die keine Durchzugsstraße ist, sind bei 7 m noch genug Reserven für einen Gehsteig vorhanden und ich habe nicht das große Risiko das die Autos zu schnell fahren.

GRM. Dipl. Ing. Deimek erklärt nochmals das Straßen so schmal als möglich errichtet werden sollen. Er erklärt, dass er bei seiner Straße locker mit 60 km/h zum Haus Dr. Stoiser „hinaufziehen kann“ ohne Risiko. Obwohl beim Haus Panholzer und Liedl Autos abgestellt sind. Er führt weiter aus, dass Siedlungsstraßen generell mit Randsteinen abgegrenzt werden. Dort wo Gartenzäune vorhanden sind, erübrigt das sowieso. Das Thema Gehsteig würde ich den Grundkäufern bzw. künftigen Bewohner freistellen. Bei ihm in der Siedlung war die Entscheidung kein Gehsteig. Am Hoffmannfeld waren sich die Grundbesitzer nicht ganz einig. Man kann auch eine optische Abtrennung machen. Er wiederholt seine Ansicht Siedlungsstraßen so schmal als möglich zu machen.

GRM. Striegl erklärt, dass er bei der Bauausschusssitzung dabei war und bei dieser Sitzung auch ein ausgewiesener Fachmann dabei war. Seiner Meinung sind die Argumente der heute anwesenden Gemeinderatsmitglieder nur „Laienargumente“. Der Fachmann hat die Frage wie breit eine Straße sein soll, so beantwortet: So breit wie möglich, auf jeden Fall 7,50 m, wenn es möglich ist. In diesem Fall ist es möglich und nach längerer Beratung der anderen Fraktionen, waren alle Anwesenden Ausschusssmitglieder für 7,50 m. Jetzt auf einmal ist es nicht so. GRM Striegl erklärt, das für ihn eine Straße ohne diese Breite sowieso undenkbar ist. Jede Meinung zählt, aber die wichtigste Meinung ist die, eines Fachmannes und die war eineutig auf einer Straßenbreite von 7,50 m.

Bgm. Plaimer erklärt, dass ihm das Argument gefällt und das er auch nachträglich mit einem Fachexperten gesprochen hat unter anderem mit einem der auch Landesstraßen plant und errichtet und dieser sagt, 6m sind „in die Haut hinein“ genug. Es gibt für jedes Gutachten ein anderes Gutachten, jeder hat eine andere Sicht der Dinge.

GRM. Striegl bemerkt, dass wir dann den falschen Fachexperten eingeladen haben.

Bgm. Plaimer erklärt, dass wir hier herinnen 25 Fachleute auf dem Gebiet der Kommunalpolitik. Unsere Fachmeinung wird von anderen 25 Gemeinderäten vielleicht wieder ganz anders gesehen. Es gibt Rechtsanwälte die ein Problem verschieden sehen. Die Entscheidung liegt bei uns. Wir haben nach unserem Gespür gehandelt und haben dass was für unseren Ort wichtig und gut ist beraten und unsere Erkenntnisse und Entscheidungen zu errichten. Es ist gut wenn man Fachleute hat, ob sie immer Recht haben, weiß man auch nicht. Sie ist auch nur Menschen.

GRM. Pramhas erklärt, dass in der letzten Bauausschusssitzung länger darüber beraten haben, und er hat damals gesagt, dass er persönlich mit 7,50 m nicht glücklich ist, schauen wir aber was die Anderen sagen. GRM Pramhas genügen 7,00m Straßenbreite. Da hat anscheinen jemand falsch gehört. So war es.

GRM. Gutbrunner erklärt, das er bereit ist, das Protokoll der Straßenausschusssitzung vorzulesen.

Bgm Plaimer ersucht den Ausschusssobmann nicht vorzulesen, weil es ein Protokoll einer nicht öffentlichen Sitzung ist

GVM. Ing. Gruber erklärt, dass er nicht gerne Dinge wiederholt. Sollte die Abstimmung 14 zu 11 ausgehen, so heißt das seiner Meinung nach, nur nicht, dass die Mehrheit die Wahrheit vertritt. Das möchte ich ganz klar sagen, das gilt auch für die Zukunft.

Bgm. Plaimer fragt wie diese Aussage zu verstehen ist

GVM Gruber antwortet „Ganz einfach, so wie ich es gemeint habe.“

Bgm. Plaimer: „Nichts Ehrenrühriges“

GVM. Gruber. Nur eine Feststellung.

1. Beschluss:

Dann wird über den Antrag von GVM Mayrhofer abgestimmt. Für den Antrag von GVM Mayrhofer stimmen 12 Stimmen (ÖVP Fraktion und GRM Kahr). Die SPÖ Fraktion und GVM Dipl. Ing. Deimek stimmten dagegen. Der Antrag ist somit abgelehnt.

2. Beschluss:

Dann wird über den Antrag von GVM Prihoda abgestimmt. Der Antrag wird mit 13 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die ÖVP Fraktion. Als beschlossen gilt daher, dass im Gemeindegebiet von Pfarrkirchen für alle neu zu errichtenden Siedlungsstraßen, die Straßenbreite generell mit 7 m festgelegt wird.

TOP 9) Allfälliges.

- a) Bgm. Plaimer erklärt, dass bei der letzten Sitzung des Regionalforums berichtet wurde, dass die Stadt Steyr mit ihren mehr als 30.000 EW nicht am Leader-Programm 2007-2013 teilnehmen darf und daher der Gemeindebeitrag erhöht werden muss.
- b) Bgm. Plaimer lädt alle Mitglieder namens der Evang. Pfarrgemeinde Bad Hall zum Pfarrfest am Sonntag, den 8. Juli 2007 ein.
- c) Der Bürgermeister informiert, dass derzeit der Güterweg „Eglsee“ staubfrei gemacht wird und der Rohbau des Güterweges Kleinort im Sept. 2007 hergestellt werden soll.
- d) GRM. Kahr erklärt, dass er gehört habe, dass in nächster Zeit eine Erhöhung der Wasserbezugsgebühr geplant ist.
Bgm. Plaimer dementiert und erklärt, dass er sich das nicht vorstellen kann, weil die Gebührenhöhe noch immer bei der Gemeinde liegt.
- e) GRM. Gutbrunner fragt an, wann mit der Fa. Lattner diesbezügliche Verhandlungen wg. der Verbreiterung geführt werden. Die derzeitige Lösung (Anbringung von Grenzlinien) ist nicht gut. Es wurden ja bereits früher diesbezügliche Gespräche geführt, die leider nicht umgesetzt wurden. Herr Lattner soll der entsprechende Grund abgelöst werden.
Bgm. Plaimer erklärt, dass Herr Dipl.-Ing. Wöginger derzeit ein diesbezügliches Projekt über die Einbindung der Zehetnerstraße in die Muhlgruberstraße ausarbeitet.
Die Aktion der Kennzeichnung mit dem gelben Strich war keine feine Aktion des Herrn Lattner. Leider wurde der GR-Beschluss aus dem Jahr 2001 betreffend Verbreiterung der Zehetnerstraße im Bereich des ehem Brauerei nicht mehr umgesetzt.
GRM. Kahr fragt an, ob die derzeitige Straßenlinie mit dem Grenzverlauf übereinstimmt.
Das wird von Bgm. Plaimer bestätigt.
- f) GVM. Ing. Gruber lädt alle Mitglieder des Gemeinderates ein, morgen um 17.00 Uhr zur Eröffnung des Pfarrkirchner Kulturwanderweges herzlich ein. Treffpunkt ist bei der Tassiloquelle.
- g) GVM. Mayrhofer fragt an, ob in der Causa „Röber“ zwischenzeitlich etwas passiert wurde.
Bgm. Plaimer erklärt, dass wir in der letzten Zeit nicht dazu gekommen sind, diese Sache zu erledigen.
- h) GRM. Kahr erklärt, dass die Autofahrer im Bereich der ehem. Brauerei sehr schnell in die Muhlgruberstraße einfahren. Vielleicht sollte diese Sache einmal besichtigt werden.
Eine Verbesserung der Sichtverhältnisse ist notwendig.
Die Vorrangtafel sollte näher beim Kreuzungsbereich angebracht werden.
Bgm. Plaimer erklärt, dass diese Sache bereits von der Verkehrsabteilung der BH Steyr-Land besichtigt wurde und in diesem Bereich nicht schneller als 30 km/h gefahren werden dürfte.
weil die Sichtverhältnisse keine größeren Geschwindigkeiten erlauben.

Der Bürgermeister stellt fest, dass gegen die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 11. Mai 2007 keine Erinnerungen eingebracht wurden. Er erklärt sie daher für genehmigt und schließt die Sitzung.

Der Vorsitzende:

GR-Mitglieder:

Der Schriftführer:

Ohne – Mit folgenden – Erinnerungen genehmigt am:

Der Bürgermeister: